



Presseschau vom 18.07.2022

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondenT und die Online-Zeitung Timer aus Odessa* ein. Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondenT und Timer) gekennzeichnet. Die Wiedergabe russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet. Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

Technischer Hinweis:

Bei den ‚Lesetipps‘ und für Bilder verwenden wir externe Verweise auf die Originalquellen. Wegen aktuell bestehender Einschränkungen innerhalb der EU kann es vorkommen, dass einzelne Verweise zeitweilig nicht funktionieren.

In vielen Fällen lässt sich das Problem beheben, indem man in den Verbindungseinstellungen des jeweiligen Browsers ‚[DNS über HTTPS](#)‘ aktiviert ([Anleitungen](#) u.a. [hier](#)) und einen geeigneten DNS-Server (z.B. Cloudflare) festlegt.

Reicht das nicht aus, bietet sich die Nutzung eines VPN mit einem Server außerhalb der EU an. Ein Beispiel hierfür ist [ZenMate](#), das für alle gängigen Browser als kostenlose Erweiterung verfügbar ist. In der kostenlosen Version eignen sich hier die Server in den USA und Singapur.

Referenzierte Bilder werden manchmal nicht sofort angezeigt, weil die jeweiligen Quellen eine eingebaute DDoS-Prüfung verwenden. Hier hilft meist, das jeweilige Bild über das Kontextmenü des Browsers explizit neu zu laden.

Außer der Reihe – Lesetipps:

de.rt.com: Live-Ticker zum Ukraine-Krieg

Russland führt gemeinsam mit den Streitkräften der Donbass-Republiken eine Militäroperation in der Ukraine durch. Der Westen reagiert mit immer neuen Waffenlieferungen an die Ukraine und beispiellosen Sanktionen. Hier lesen Sie die neuesten Entwicklungen. ...

<https://kurz.rt.com/2tg9> bzw. [hier](#)

Alexei Grjasew: **Welche Rolle hat die G20 in der gegenwärtigen Geopolitik?**

Das Treffen der G20-Außenminister geriet zu einer Farce, nachdem Russlands Chefdiplomat Sergei Lawrow das Treffen vorzeitig verließ und ihm sein US-Amtskollege einige Beleidigungen nachrief. Indem der Westen die Konfrontation mit Russland und China sucht, hat er die G20 de facto gelähmt. Russische Experten hinterfragen welcher Zukunft diese Organisation entgegengeht. ...

<https://kurz.rt.com/32sy> bzw. [hier](#)

Michail Chodarjonok: **Kiew wird Russland nur mit massiver militärischer Hilfe des Westens zurückdrängen können**

Der kollektive Westen hat bekundet, dass die Ukraine im Krieg gegen Russland gewinnen soll. Aber ist er auch bereit, Kiew mit den Waffen zu beliefern, die es für einen Sieg braucht? Wenn ja, wird sehr viel Zeit benötigt, diese in Kampfbereitschaft zu bringen. ...

<https://kurz.rt.com/32v6> bzw. [hier](#)

Susan Bonath: **Mehr COVID-19-Todesfälle bei Kindern seit Impfbeginn – und niemand erforscht den Grund**

Seit den Kinderimpfungen hat sich die Zahl der im Zusammenhang mit Corona verstorbenen Minderjährigen vervierfacht. Die AfD fragte nach dem Impfstatus der Betroffenen und erbat Zahlen zu Obduktionen. Doch die Regierung mauert und verweist auf nichtssagende Berichte. ...

<https://kurz.rt.com/32pz> bzw. [hier](#)

Alexander Dawydow: **Die Bundesregierung hat eine Politik der Erinnerung durch eine Politik der bewussten Amnesie ersetzt**

Deutschlands neue Regierung hat in ihrem Bündnis mit den USA alles auf eine Karte gesetzt. Damit hat sie eine Strategie zunichte gemacht, mit der frühere Regierungen in Berlin erfolgreich waren, und sich dadurch ins eigene Bein geschossen. Die Frage ist, wie weit man mit nur einem Bein kommen kann. ...

<https://kurz.rt.com/32vc> bzw. [hier](#)

Tom J. Wellbrock: **Der Westen mischt sich nur in Kriege ein, wenn er sich Profit davon verspricht**

Man muss kein Genie sein, um sich über die aktuelle Lage in der Ukraine und die Geschichte zu informieren. Um zu erkennen, dass der hübsch klingende "Euro-Maidan" nichts weiter als ein dreckiger, von den USA initiiertes Putsch war, kann man sogar frühere Artikel der Medien lesen, die sich fälschlicherweise noch immer in die Kategorie "Qualität" einzuordnen versuchen. ...

<https://kurz.rt.com/32uk> bzw. [hier](#)

de.rt.com: **Aus Angst vor "Bauern-Protesten": Özdemir will EU-Vorgabe zu Ackerstilllegungen überdenken**

Unter dem Vorwand des Naturschutzes sollen ab 2023 mindestens vier Prozent der derzeitigen Agrarflächen stillgelegt werden. Zumindest wenn es nach den Plänen der EU geht. Bei den

Landwirten regt sich Widerstand. Nun versuchte Bundeslandwirtschaftsminister Cem Özdemir zu beschwichtigen. Doch wird das reichen? ...

<https://kurz.rt.com/32w1> bzw. [hier](#)

abends/nachts:

19:45 de.rt.com: **Weiterer Beschuss der Donezker Volksrepublik**

In Golmowski in der Volksrepublik Donezk [wurde](#) eine Frau durch ukrainischen Artilleriebeschuss verletzt. Das teilte das Hauptquartier der Territorialverteidigung am Sonntag mit.

Auch in einem Vorort von Donezk wurde nach früheren Berichten ein Zivilist verletzt.

20:00 de.rt.com: **Scholz: Die Europäische Union attraktiv wie nie, die NATO selten so lebendig**

In einem Gastbeitrag in der FAZ hat Bundeskanzler Olaf Scholz trotz der verheerenden wirtschaftlichen Entwicklung auf jede Selbstkritik verzichtet, sondern seine Vorstellung einer "Zeitenwende" weiter [ausgebaut](#).

"Wir unterstützen die Ukraine – und zwar solange sie diese Unterstützung braucht: wirtschaftlich, humanitär, finanziell und durch die Lieferung von Waffen. Zugleich sorgen wir dafür, dass die NATO nicht zur Kriegspartei wird."

Die ökonomische Krise sieht er als "Herausforderung", gegen die man sich "unterhaken" müsse und aus der man "stärker und unabhängiger hervorgehen" könne. "Schon im vergangenen Dezember, also zwei Monate vor Kriegsbeginn, haben wir uns mit der Frage auseinandergesetzt, wie wir im Fall der Fälle die Energieversorgung unseres Landes sicherstellen können."

Eine Rücknahme der Sanktionen im Interesse der deutschen Bürger wird von ihm nicht vorgesehen:

"Dass wir unsere Sanktionen womöglich lange Zeit aufrechterhalten müssen, war uns von Beginn an klar. Und klar ist für uns auch: Bei einem russischen Diktatfrieden wird keine einzige dieser Sanktionen aufgehoben."

Die EU, betont er, habe in den letzten Monaten einen großen Schritt getan, um zum geopolitischen Akteur zu werden. Diese EU soll aber nicht mehr nach der Regel der Einstimmigkeit funktionieren:

"Nationale Vetos, etwa in der Außenpolitik, können wir uns schlicht nicht mehr leisten, wenn wir weiter gehört werden wollen in einer Welt konkurrierender Großmächte."

Deutschland müsse Verantwortung übernehmen und führen, "indem wir, als Land in der Mitte Europas, als Land, das auf beiden Seiten des Eisernen Vorhangs lag, Ost und West, Nord und Süd in Europa zusammenführen". Dabei sei die Europäische Union "so attraktiv wie nie", und "die NATO war selten so lebendig". Die "Zeitenwende" setze auch in Deutschland "neue Kraft frei".



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/original/62d43f9cb480cc362f2574fb.jpg>
Olaf Scholz, 14.07.2022

20:30 de.rt.com: **Die Ukraine droht, mit US-Raketen die Krim anzugreifen**

Der Militärgeheimdienst der Ukraine stuft die Halbinsel Krim als einen für Russland entscheidenden militärischen Knotenpunkt ein. Ein russischer Abgeordneter warnte jedoch, dass Kiew einen sehr hohen Preis zahlen wird, wenn es sich dazu entschließen sollte, die Krim anzugreifen.

Kiew sieht die Halbinsel Krim als legitimes Ziel, das mit vom Westen gelieferten Langstreckenwaffen angegriffen werden kann, sagte am Samstag der Sprecher der ukrainischen Geheimdienstleitung im Verteidigungsministerium, Wadim Skibitskij. Er machte diese Bemerkungen während eines Live-Auftritts im Fernsehkanal 1+1, nachdem er gefragt worden war, ob die Ukraine die von den USA gelieferten Mehrfachraketenysteme M142 HIMARS und M270 MLRS verwenden könnte, um die Krim anzugreifen.

Skibitskij betonte:

"Die Halbinsel Krim ist zu einem Knotenpunkt für die Verlegung aller Art von Ausrüstung und Waffen geworden, die aus der Russischen Föderation in den Süden unseres Landes gelangen. Es handelt sich zunächst um eine Ansammlung von militärischer Gerätschaft und Munition und anderer Ausrüstung, die auf der Krim konzentriert sind und dann zur Versorgung der russischen Besatzungstruppen weitergeschickt werden."

Kiew versuche auch, die auf der Krim stationierten Kriegsschiffe der russischen Schwarzmeerflotte anzugreifen, fuhr Skibitskij fort. Die Kriegsschiffe würden zum Abschuss von Marschflugkörpern verwendet und gehören daher "zu den Zielen, die getroffen werden müssen, um die Sicherheit unserer Bürger, unserer Infrastruktur und der Ukraine im Allgemeinen zu gewährleisten", erklärte er.

Die Drohung kommt einen Tag, nachdem der ukrainische Verteidigungsminister Alexei Resnikow angekündigt hat, dass Kiew seine ersten M270 MLRS-Systeme erhalten habe. Der Sprecher ging nicht darauf ein, ob die Raketenysteme bereits auf dem Schlachtfeld eingesetzt werden oder woher sie genau kamen. Zuvor hatte London zugesagt, mindestens drei Systeme dieses Typs zu liefern.

Die Systeme M142 und M270 sind praktisch zwei Varianten desselben Systems. Dem Raupenfahrzeug M270 fehlt zwar die Mobilität der auf LKW basierten HIMARS. Aber mit zwölf Raketen trägt die M270 doppelt so viele 277-mm-Raketen wie die HIMARS, die mit lediglich sechs bestückt werden kann. Dennoch fehlt beiden Systemen die nötige Reichweite, um die russische Halbinsel Krim direkt anzugreifen. Die Maschinen können jedoch mit Modulen des Army Tactical Missile Systems (ATACMS) ausgestattet werden, um schwerere

Raketen mit größerer Reichweite von bis zu 300 Kilometern abzufeuern.

Während Kiew versucht, derartige Langstreckenmunition zu beschaffen, scheint Washington zu zögern, solche zu liefern, da befürchtet wird, dass sie dazu verwendet werden könnte, tief in russisches Territorium zu schießen und somit den anhaltenden Konflikt eskalieren zu lassen. Die Krim scheint jedoch ein Sonderfall zu sein, da weder Washington noch Kiew die Halbinsel als integralen Bestandteil des russischen Territoriums anerkennen.

Kiew scheint darauf fixiert zu sein, die Krim und insbesondere die Kertsch-Brücke anzugreifen, die gebaut wurde, um eine Verbindung zum russischen Festland herzustellen. Die Zerstörung der Brücke wurde in den letzten Monaten wiederholt von hochrangigen ukrainischen Offiziellen als Idee in Umlauf gebracht, obwohl Moskau den Südosten der Ukraine weitgehend erobert hat und somit eine Überlandverbindung zur Krim herstellen konnte.

Moskau droht der Ukraine mit einem "Vernichtungsschlag"

Russlands Reaktion bezüglich eines drohenden ukrainischen Angriffs auf Ziele auf der Krim wird so hart sein, dass sich die Kiewer Behörden nie mehr davon erholen werden, warnte Michail Scheremet, der die Krim-Region im russischen Parlament vertritt.

Scheremet reagierte damit auf die anhaltenden Drohungen aus Kiew, dass die ukrainischen Streitkräfte Ziele auf der Halbinsel oder sogar die Brücke nach Russland beschießen könnten, und betonte, dass auf einen solchen Schritt "ein vernichtender Schlag auf die Entscheidungszentren in Kiew sowie auf weitere militärische Infrastruktur und auf die Logistik der Waffenversorgung folgen würde." Scheremet betonte auch, dass "die USA, welche diese Waffen an die Ukraine geliefert hat, auch die Verantwortung für eine Provokation gegen die Krim tragen werden". Er fügte hinzu:

"Russland wird nicht nett zu jenen Feinden sein, die beschließen, sich unseren Feinden anzuschließen. Wir haben die Möglichkeit, jeden an seinen Platz zu verweisen, wenn alle roten Linien überschritten sind."

Seitdem Moskau vor mehr als vier Monaten seine Militäroperation in der Ukraine begonnen hat, haben mehrere hochrangige Funktionäre und Militärkommandeure in Kiew bekannt gegeben, dass die Krim durch ukrainische Streitkräfte angegriffen werden könnte.

Anfang dieses Monats sagte Alexei Arestowitsch, ein hochrangiger Berater des ukrainischen Präsidenten Wladimir Selenskij, das ukrainische Militär werde die Kertsch-Brücke ins Visier nehmen, sobald man die Fähigkeit dazu erlangt habe, einen solchen Angriff durchzuführen. Amerikanische Amtsträger hatten zuvor beteuert, ihre ukrainischen Kollegen hätten ihnen versprochen, dass in den USA hergestellte Waffen nicht dafür verwendet würden, russisches Territorium anzugreifen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62d43f43b480cc6fbc4b0949.jpg>

Start einer HIMARS-Rakete

21:35 de.rt.com: **Selenskij entlässt Geheimdienstchef und Generalstaatsanwältin**

Der ukrainische Präsident Wladimir Selenskij hat zwei Schlüsselfiguren seiner

Sicherheitsbehörden entlassen. In einem Erlass berief er den Chef des Geheimdienstes SBU, Iwan Bakanow, ab. Bakanow (47) ist enger Weggefährte Selenskis aus dessen Zeiten als Fernsehkomiker, er leitete den Geheimdienst seit 2019.

Nach den vom Präsidialamt in Kiew veröffentlichten Erlassen wurde auch Generalstaatsanwältin Irina Wenediktowa entlassen. Ihre Funktion soll von Alexej Simonenko übernommen werden. Begründungen wurden in den kurzen Dokumenten nicht gegeben. Auch ein Nachfolger für den Posten des Geheimdienstchefs wurde zunächst nicht genannt.

21:55 de.rt.com: **Selenskij-Berater fordert Sekundärsanktionen gegen China und Indien**

Dem Wirtschaftsprofessor und Selenskij-Berater Alexander Rodnianski [gehen](#) die bisherigen Sanktionen immer noch nicht weit genug. In einem Interview mit der „Welt“ fordert er ein vollständiges Embargo auf Rohstoffe aus Russland und einen Strafzoll auf Gas und Öl, den natürlich die Endverbraucher zahlen müssten. Auf die Sorgen, die viele deutsche Bürger angesichts der explodierenden Energiepreise haben, antwortet er nur:

"Wenn auf der Waagschale der Frieden in Europa liegt, ist das ein Preis, den man zahlen sollte."

Von der Bundesregierung erwartet Rodnianski Zustimmung zum Export spanischer Leopard 2-Panzer in die Ukraine:

"Wir brauchen viel mehr Offensivwaffen, weil wir im Donbass leider quantitativ deutlich unterlegen sind."

Die EU und die USA sollten seiner Meinung nach Sekundärsanktionen einführen, also Sanktionen gegen jene Länder, die weiterhin mit Russland Handel treiben.

"Für Länder wie China und Indien würde damit ein Anreiz geschaffen, die Sanktionen einzuhalten."

Zu den ökonomischen Rückwirkungen solcher Sanktionen äußerte er sich nicht, die „Welt“ fragte aber auch nicht nach. Deutschland sieht er als problematischen Partner – anders als die USA, Großbritannien, die Polen und die Balten. Eine Option auf Frieden benennt er nicht.

"Die Ukraine wird die territoriale Integrität des Landes nicht aufs Spiel setzen. Es gibt keine Bereitschaft, Gebiete aufzugeben."

23:00 (22:00) [novorosinform.org](#): **Der Westen bereitet möglicherweise eine Provokation mit biologischen Waffen in der Ukraine vor – Rogow**

Der Appell von US-Vertretern an ihre Bürger in der Ukraine mit der Bitte, diese in naher Zukunft zu verlassen, deutet darauf hin, dass der Westen eine ernsthafte Provokation plant, glaubt Wladimir Rogow, Mitglied des Hauptrats der Verwaltung des Gebiets Saporoschje. In der Ukraine könnte man radioaktive, chemische oder biologische Waffen einsetzen, erklärte Rogow erklärte im Radiosender Komsomolskaja Prawda.

„Wenn wir alles betrachten, dann entsteht das sehr unangenehme Bild, dass die westlichen Meister von Selenskij eindeutig eine Art groß angelegte Provokation im postukrainischen Raum vorbereiten, der immer noch von Selenskij kontrolliert wird“, sagte er.

Seiner Ansicht nach gebe es derzeit keine Voraussetzungen für die Offensive der russischen Armee auf Kiew. Dennoch habe der Westen mit der Lieferung großer Mengen von Schutzanzügen und anderer Spezialausrüstung an die Ukraine begonnen.



https://novorosinform.org/content/images/90/15/49015_720x405.jpg

22:15 de.rt.com: **HIMARS nur eine Wunderwaffe auf Zeit? – Militärexperte Alexander Mercouris**

Alexander Mercouris hat sich in seinem neuesten Video ausführlich damit [befasst](#), wie sich der Einsatz der an die Ukraine gelieferten HIMARS-Raketenwerfer weiter entwickeln wird. Inzwischen hat die russische Armee nach eigenen Angaben bereits drei der vier bisher gelieferten Raketenwerfer zerstört – über die Zerstörung des letzten gibt es sogar ein Video. Dieses HIMARS-System wurde beim Ort Krasnoarmejsk zerstört, also in der Nähe der Frontlinie im Donbass. Das, so Mercouris, deute darauf hin, dass die Ukrainer diese Systeme nicht für eine vermeintlich geplante Offensive zurückhalten. Aber obwohl eine Reihe dieser Raketen Ziele im Donbass erreichten, wurden bereits einige davon abgefangen: durch das Pantsir-Luftabwehrsystem.

In naher Zukunft dürfte es jedoch möglich sein, diese Raketen auch mit einer entsprechenden Version der S-300 abzufangen. Dafür wären Software-Updates erforderlich, weil die Flugbahn der HIMARS-Raketen schwer von jener aus anderen Raketenwerfern zu unterscheiden ist. Mercouris ist allerdings überzeugt, dass Almas-Antei, die Herstellerfirma der S-300, bereits eine Gruppe von Programmierern mit diesem Problem beschäftigt.

Sollte die Anti-Raketenversion der S-300 dann entsprechend angepasst sein, wäre eine zweilagige Abwehr aus S-300 und Pantsir möglich, die die Wirksamkeit der HIMARS-Systeme deutlich verringert. Sollte es dann gar noch gelingen, eines dieser Systeme zu ergreifen, endet die Geschichte der vermeintlichen Wunderwaffe weit früher, als die Spender derselben erwarten dürften.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/original/62d46af1b480cc368d7e739b.jp>

vormittags:

6:15 de.rt.com: **USA investieren in "junge Führungskräfte" aus dem südlichen Kaukasus**

Analyse von Viktoria Penkova

Die USA investieren weiterhin enorme Haushaltsmittel in die Anwerbung und Ausbildung US-treuen Elitennachwuchses im postsowjetischen Raum. RT hat Dokumente über ein Teilprogramm ausgewertet, das sich auf den südlichen Kaukasus bezieht.

Die Vereinigten Staaten sind bereit, 585.000 Dollar für das Ausbildungsprogramm von 60 Studenten und Hochschulabsolventen unter 24 Jahren aus Armenien, Aserbaidschan und Georgien bereitzustellen. Zu den Ausbildungsbereichen gehört auch die "Entwicklung von Führungsqualitäten". Dies geht aus der Beschreibung des Stipendiums hervor, die RT vorliegt. Wie aus dem Dokument weiter hervorgeht, werden die jungen Männer und Frauen aus den aufgeführten transkaukasischen Ländern in die Vereinigten Staaten entsandt. Dort erhalten sie eine Schulung in diversen Bereichen: "Unternehmertum", "Verhandlungstaktik", "Konfliktlösung", "ehrenamtliche Arbeit" und so weiter.

Anschließend wird den Kursteilnehmern ein Praktikum in amerikanischen NGOs angeboten. "Das Training, das sich auf die Entwicklung von Führungsqualitäten, soziales Unternehmertum und gesellschaftliches Engagement konzentriert, kann ein wirksamer Katalysator für den Dialog zwischen jungen Menschen werden und den Programmteilnehmern und der nächsten Generation von Führungskräften die Möglichkeit bieten, die Menschlichkeit und die kulturelle Verbundenheit der anderen wieder zu entdecken", so die US-Seite.

Von den Kursteilnehmern wird erwartet, dass sie nach der Rückkehr in ihr Heimatland mit der "Realisierung von Gemeinschaftsprojekten unter tatkräftigem Mentoring durch die Organisation, die das Stipendium ausgestellt hat", beginnen.

Von den zukünftigen Laufburschen der USA wird erwartet, dass sie konkrete Ergebnisse liefern. Unter anderem sollen die Stipendiaten die Aufgabe übernehmen, "künftige Führungspersönlichkeiten zu mobilisieren", die zu einem "friedlichen sozialen Wandel" beitragen und sich "für das Wohl der Gesellschaft" einsetzen.

Außerdem wird erwartet, dass nach Abschluss des Programms die Teilnehmer in der Lage sind, Dialoge führen können und Kontakte zu ihren Kollegen in der Region pflegen.

Die Beaufsichtigung der Initiative erfolgt durch die US-Botschaft in Aserbaidschan.

Bereits früher wurde über die Absicht der Vereinigten Staaten berichtet, 175.000 Dollar für das englische Sprachprogramm in der Ukraine bereitzustellen, das unter anderem dazu beitragen soll, "die Beziehungen" zwischen Kiew und Washington zu stärken.

Die Vereinigten Staaten realisieren bereits seit vielen Jahren ähnliche Projekte in den Republiken der ehemaligen Sowjetunion. Einer Reihe von Experten zufolge zielt diese US-Politik auf eine "Gehirnwäsche" und eine allmähliche Veränderung des Bewusstseins der Menschen in verschiedenen Regionen, einschließlich der ehemaligen Sowjetunion, ab.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62d02c0448fbef173568a0c3.jpg>

7:30 de.rt.com: **Nigeria zeigt mögliche Bereitschaft zur Anerkennung der Donbass-Republiken**

Nigeria sei bereit, einen Antrag auf Anerkennung der Donbass-Republiken zu prüfen, wenn dieser gestellt werde. Dies erklärte der nigerianische Botschafter in Russland Abdullahi Shehu. Wörtlich hieß es:

"Wenn wir an der Brücke ankommen, werden wir entscheiden, wie wir sie überqueren. Soweit ich weiß, haben sie uns noch nicht dazu aufgefordert. Wenn sie sich an uns wenden, werden wir ihren Antrag prüfen."

Zuvor hatte die Demokratische Volksrepublik Korea die Unabhängigkeit der Volksrepublik Lugansk sowie der Volksrepublik Donezk anerkannt. Zudem hatte die Nachrichtenagentur SANA das syrische Außenministerium mit den Worten zitiert, Damaskus habe beschlossen, die Unabhängigkeit der Volksrepublik Lugansk und der Volksrepublik Donezk anzuerkennen.

8:00 de.rt.com: **Lawrow: USA haben keine Beweise für friedliche Aktivitäten von Biolabors in der Ukraine**

Die USA hätten keine Beweise dafür, dass ihre biologischen Aktivitäten in der Ukraine friedlich gewesen seien, so der russische Außenminister Sergei Lawrow.

Der Chefdiplomat betonte, dass die "Funde" in den militärischen und biologischen Labors in den befreiten Gebieten des Donbass und den angrenzenden Gebieten auf direkte Verstöße gegen das Übereinkommen über biologische Waffen und Toxinwaffen (BWÜ) hinweisen:

"Entgegen den Tatsachen versucht die US-Regierung sich zu rechtfertigen. Sie erklärt, dass die gesamte biologische Forschung in der Ukraine ausschließlich friedlichen und zivilen Zwecken gedient habe. Es gibt jedoch keine Beweise."

Lawrow fügte hinzu, Moskau habe Washington und dem UN-Sicherheitsrat Dokumente zu diesem Thema zur Verfügung gestellt. Das Verfahren zur Erlangung von Klarstellungen im Rahmen des BWÜ sei bereits eingeleitet worden.



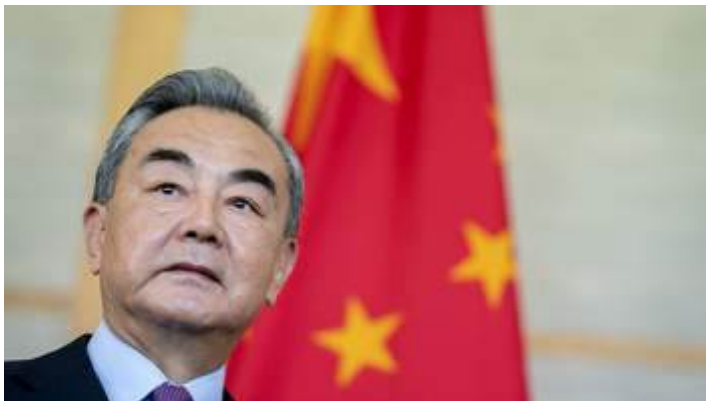
<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62d4ee4948fbef314c5161d2.jpg>

8:30 de.rt.com: **Außenminister Wang Yi: China wird im Ukraine-Konflikt kein "gleichgültiger Zuschauer" sein**

Zwar sei China nicht an der Ukraine-Krise beteiligt, aber das Land werde die Dinge nicht einfach auf sich beruhen lassen. Dies verkündete der chinesische Außenminister Wang Yi in einem Telefongespräch mit seinem ungarischen Amtskollegen Péter Szijjártó. Die offizielle Webseite des chinesischen Außenministeriums zitiert Wang Yi mit den Worten:

"China ist nicht an der Ukraine-Krise beteiligt, aber wir wollen kein gleichgültiger Zuschauer sein und schon gar nicht Öl ins Feuer gießen. Wir haben uns immer unnachgiebig und konsequent für Frieden und Verhandlungen eingesetzt."

Wang Yi betonte, dass alle Seiten Lehren aus der Ukraine-Krise ziehen sollten. Er forderte beide Seiten auf, über die Schaffung einer ausgewogenen, wirksamen und nachhaltigen europäischen Sicherheitsarchitektur zu diskutieren, um einen dauerhaften Frieden zu erreichen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62d4f2fb48fbef314c5161d9.jpg>

Telegram-Kanal der Volksmiliz der LVR: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Hauptmann I.M. Filiponenko über die Lage am 18.7.2022**

Bei Gefechten mit Einheiten der Volksmiliz erlitt der Gegner in den letzten 24 Stunden folgende Verluste an Personal und Technik:

- 57 Mann;
- 1 Panzer;
- 2 Schützenpanzerwagen;
- 4 Fahrzeuge.

Der Gegner setzt den Terror gegen die Zivilbevölkerung der Republik fort und beschießt

Objekte der zivilen Infrastruktur von Ortschaften der LVR, die keine Gefahr für den Gegner darstellen und keine militärischen Objekte sind.

In den letzten 24 Stunden haben die bewaffneten Formationen der Ukraine **Stachanow mit amerikanischen Mehrfachraketenwerfern M142 HIMARS beschossen** und 2 Raketen abgefeuert.

Technische Pioniereinheiten der Volksmiliz der LVR entminen weiter das Territorium der Republik.

So haben Pioniere der Volksmiliz der LVR gestern mehr als 8 Hektar Territorium von explosiven Objekten, die von ukrainischen Nationalisten in den Gebieten von Sirotino und Metelkino zurückgelassen wurden, gesäubert.

Die Volksmiliz der LVR setzt gemeinsam mit gesellschaftlichen Organisationen die Lieferung von humanitärer Hilfe an Einwohner der befreiten Territorien der Republik fort.

9:00 de.rt.com: **Sergei Schoigu befiehlt vorrangig Kampf gegen Einheiten, die Siedlungen im Donbass beschießen**

Der russische Verteidigungsminister Sergei Schoigu hat die russische Militäreinheit Wostok inspiziert, die bei der russischen speziellen Militäroperation in der Ukraine im Einsatz ist. Der Minister betonte die erhöhte Schlagkraft der Einheit.

Armeegeneral Sergei Schoigu wies den Befehlshaber an, sich vorrangig mit den gegnerischen Langstreckenraketen und Artilleriewaffen zu befassen, mit denen Wohngebiete im Donbass beschossen und Weizenfelder sowie Getreidelager gezielt in Brand gesetzt werden.

Zuvor inspizierte Schoigu die russischen Einheiten Jug und Zentr unter der Führung von Armeegeneral Sergei Surowikin und Generaloberst Aleksandr Lapin.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62d4fd0ab480cc2d052de028.jpg>

10:00 de.rt.com: **Erstmals polnische Panzerhaubitze Krab in der Ukraine zerstört**

Erstmals ist eine polnische Panzerhaubitze vom Typ [Krab](#) in der Ukraine zerstört worden.

Dies berichtete das polnische Internetportal Onet.pl mit Hinweis auf ukrainische Quellen. Im Netz tauchten dabei ukrainische [Videos](#) des zerstörten Geräts auf.

Im Mai [kündigten](#) die polnischen Behörden ihre Absicht an, 18 Kettenhaubitzen des Typs an die ukrainischen Streitkräfte zu liefern, von denen bis Juli zehn an die Ukraine ausgeliefert wurden.



https://cdn4.telegram-cdn.org/file/uMaQYK1GxLIio3VvhUTq7tnbjZwqkvRUV8ywZZYuKI_UOIzmZNxC0Pm0p7xSLOvPuKZ_uHwKmaJVymFiZVWnhtl4cKM-pOBEEKHnoJWGozuVZbAjdHqO6WzlfPgTu2rd_WYuBZefyF3VmMpnScMM7-O9zVGdWTDI3K_L0ZzsQU6jbCLB5zluR4dUv0GJLjHgdXE_D0G9a5GXrfHOscHyqXYK6kewpCnzyBMCVXoPQk-BnSjaw7wrATlPbXEMm5Tcs5SdaC1SfBw5bbJU-ZDv87IHG5YMfW60VRKZJWXQDZ2b0pVaYuZS1AY2C9Zba3_5nHc7DgWznDzFsSS0nj2Qw

10:30 de.rt.com: **H&M verlässt Russland vollständig**

Einer der größten Kleidungshändler der Welt Hennes&Mauritz (H&M) hat angekündigt, sich aus dem russischen Markt vollständig zurückzuziehen. Mit dem Beginn der Militäroperation setzte H&M den Verkauf aus. In einer Erklärung hieß es:

"In Anbetracht der aktuellen operativen Herausforderungen und einer unvorhersehbaren Zukunft gibt das Unternehmen heute bekannt, dass es beschlossen hat, den Prozess der Schließung seines Geschäfts in dem Land einzuleiten."

Laut Helena Helmersson, CEO der H&M-Gruppe, sei es unter den derzeitigen Umständen nicht möglich, die Geschäftstätigkeit in Russland fortzusetzen. Die Läden der Kette sollen vorerst für den Ausverkauf der restlichen Waren geöffnet bleiben. Das Unternehmen schätzt die Kosten für das Ausscheiden aus dem Markt auf zwei Milliarden Schwedische Kronen, rund 188 Millionen Euro.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62d51562b480cc2c770cee1a.jpg>

Telegram-Kanal der Volksmiliz der DVR: Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR zur Lage am 18.7.22 um 10:30 Uhr

In den letzten 24 Stunden hat der Gegner nach Informationen des GZKK der DVR **mehr als 660 Geschosse** mit Mehrfachraketenwerfern „Grad“, Rohrartillerie des Kalibers 155mm und 122mm sowie 120mm-Mörsern **abgefeuert**.

Die Gebiete von 12 Ortschaften der Republik wurden beschossen. Durch Beschuss wurden **2 Zivilisten verletzt**. 19 Wohnhäuser und 3 zivile Infrastrukturobjekte wurden beschädigt. Zusätzliche Informationen über verletzte Zivilisten und Schäden an Infrastruktur werden noch ermittelt.

Durch gemeinsame Handlungen von Soldaten der Donezker Volksrepublik und der Streitkräfte der Russischen Föderation wurden in den letzten 24 Stunden folgende feindliche Waffen und Militärtechnik vernichtet: 2 Mehrfachraketenwerfer BM-21 „Grad“ und 2 Geländefahrzeuge. 4 Feuerstellungen des Gegners im Gebiet von Marjinka wurden beseitigt.

11:00 de.rt.com: **Selenskij verlangt strikte Einhaltung antirussischer Sanktionen**

Der ukrainische Präsident Wladimir Selenskij hat vom kanadischen Regierungschef Justin Trudeau eine strikte Einhaltung der Sanktionen gegen Russland verlangt. Das teilte Selenskij auf Twitter mit. Er äußerte sich dabei nicht zum Hintergrund dieser Ermahnung an ein Land, das einer der stärksten Unterstützer der Ukraine ist. Die Ukraine hatte Kanada aber zuletzt wegen der Entscheidung kritisiert, nach Aufforderung Deutschlands die Lieferung einer gewarteten Gasturbine für die Ostsee-Pipeline Nord Stream 1 zu ermöglichen.

Wegen der infolge des Ukraine-Kriegs erlassenen Sanktionen hatte sich Kanada zunächst geweigert, die Turbine an Russland zurückzugeben, entschied sich dann aber doch dafür, das Aggregat stattdessen an Deutschland zu übergeben. Der russische Energiekonzern Gazprom hatte die Gaslieferungen durch nach Deutschland führende Pipeline Nord Stream 1 seit Juni deutlich gedrosselt und dies mit der fehlenden Turbine begründet.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/original/62d516fab480cc2e120c1970.jpeg>

Telegram-Kanal des Informationsministeriums der DVR „pravda dnr“: **Awdejewka ist in einem Halbkessel**.

Dies erklärte der offizielle Vertreter der Volksmiliz der DVR Eduard Basurin.

Die bei Donezk liegende Stadt zu erfassen gelang, nachdem die Befreiungskräfte an zwei Stellen die Straße Awdejewka – Konstantinowka abschnitten.

Die Beseitigung dieses Befestigungsbereichs der ukrainischen Streitkräfte ist äußerst wichtig für die DVR, denn gerade von dort wird die Hauptstadt der Republik und deren Umgebung ununterbrochen beschossen.

nachmittags:

12:30 de.rt.com: **Awdejewka zu 50 Prozent eingekesselt**

Truppen der Donezker Volksrepublik sollen die Verbindungsstraße zwischen Awdejewka und Kostantinowka in zwei Bezirken blockiert haben. Dies erklärte der stellvertretende Leiter der DVR-Volksmiliz Eduard Bassurin. Weiter hieß es, dass die Stadt praktisch zu 50 Prozent eingekesselt sei:

"Awdejewka ist jetzt in einem Halbkreis umstellt."

Nach Angaben des russischen Verteidigungsministeriums sei zudem in der Volksrepublik Donezk ein ukrainischer Söldnerstützpunkt der "Fremdenlegion" getroffen worden. Bis zu 250 ausländische Kämpfer seien getötet worden.

14:00 (13:00) rusvesna.su: **Die Ergebnisse der Untersuchung der Explosion im Theater von Mariupol haben die Version der Ukraine vollständig widerlegt - Quelle**

Die Ergebnisse der Untersuchung des Falles der Explosion im Dramatheater von Mariupol, die Kiews Version eines "russischen Luftangriffs" vollständig widerlegen, werden in den kommenden Tagen offiziell vorgestellt, teilte eine Quelle in den Machtstrukturen der DVR gegenüber RIA Novosti mit .

Das Informationsministerium der Volksrepublik Donezk erklärte zuvor am Montag, dass die Untersuchung des Bombenanschlags auf das Schauspielhaus in Mariupol die Schuld der ukrainischen Truppen bestätigt habe.

„In den kommenden Tagen werden die Ergebnisse der Untersuchung der Explosion im Dramatheater von Mariupol bekannt gegeben.

Die Untersuchung hat Daten, die die ukrainische Version des angeblichen Luftangriffs der russischen Luft- und Raumfahrtstreitkräfte auf das Theatergebäude vollständig widerlegen“, sagte der Gesprächspartner der Agentur.

Nach Angaben des russischen Militärs wurde das Schauspielhaus in Mariupol am 16. März von Asow-Nationalisten (gegen deren Kämpfer in der Russischen Föderation ein Strafverfahren eingeleitet wurde) in die Luft gesprengt.

Das Verteidigungsministerium der Russischen Föderation erklärte, dass die von Kiew geäußerten Anschuldigungen, angeblich einen Luftangriff auf das Gebäude eines Dramatheaters in Mariupol durchgeführt zu haben, in dem Zivilisten als Geiseln gehalten werden könnten, nicht wahr seien - die russische Luftwaffe habe keine Angriffe gegen Bodenziele durchgeführt.

Das Verteidigungsministerium stellte fest, dass "die Kämpfer des nationalistischen Asow-Bataillons eine neue blutige Provokation begangen haben, indem sie das von ihnen vermintete Theatergebäude in die Luft gesprengt haben". Wie Juri Bucharew, ein Vertreter der Volksmiliz der DVR, berichtete, deutet die Art der Explosion des Theaters in Mariupol darauf hin, dass sich das Epizentrum innerhalb des Gebäudes und nicht außerhalb befand.



https://rusvesna.su/sites/default/files/styles/orign_wm/public/1_dramteatr_mariupol.jpg

13:12 de.rt.com: **Bericht: Kanada schickt reparierte Gasturbine über Deutschland nach Russland**

Der Streit um eine Gasturbine für die Ostsee-Pipeline Nord Stream 1 ist vorerst beendet. Nach wochenlanger Unsicherheit hat Kanada die gewartete Turbine nach Russland zurückgeschickt, berichtete die russische Zeitung Kommersant am Montag. Kiew kritisiert die Entscheidung. Ottawa hatte sich wegen der erlassenen Sanktionen zunächst geweigert, die gewartete Siemens-Gasturbine zurückzugeben, entschied sich dann aber doch dafür. Laut einem Bericht der russischen Tageszeitung Kommersant hat Kanada am 17. Juli die Turbine zurückgeschickt. Sie soll per Flugzeug nach Deutschland geliefert und anschließend mit einer Fähre und auf dem Landweg durch Finnland zur Verdichterstation Portowaja im Gebiet Leningrad nach Russland gelangen. Dies soll voraussichtlich am 24. Juli geschehen, berichtete die Zeitung unter Berufung auf mit den Vorgängen vertraute Quellen. Anfang August müsste die Turbine demnach vollständig betriebsbereit sein.

Der ukrainische Präsident Wladimir Selenskij hatte zuvor die Entscheidung Kanadas scharf kritisiert, die Turbine zurückzugeben. In einem Telefongespräch mit dem kanadischen Premierminister Justin Trudeau sagte Selenskij, dass die Bürger der Ukraine niemals einer Entscheidung zustimmen würden, die "gegen die Sanktionen verstößt".

Der russische Energiekonzern Gazprom hatte die Gaslieferungen durch Nord Stream 1 in der Ostsee seit Juni deutlich gedrosselt und die fehlende Turbine dafür verantwortlich gemacht. Seit dem 11. Juli fließt durch die Pipeline wegen Wartungsarbeiten gar kein Gas mehr. Die Arbeiten sollen bis zum 21. Juli dauern. Die Europäische Union zeigte sich jedoch besorgt, dass sich Gazprom angesichts der Spannungen zwischen Russland und dem Westen auch nach den Wartungsarbeiten der Turbine gegen einen erneuten Lieferstart stellen könnte.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62d53675b480cc22ed55150d.jpg>

Kanadas Premierminister Justin Trudeau (links) und der ukrainische Präsident Wladimir Selenkij (rechts) am 8. Mai 2022 bei einer gemeinsamen Pressekonferenz in Kiew

13:30 de.rt.com: **Wegen "Bedrohungen": Tschechien will Grundlage der Beziehungen zwischen EU und Russland überprüfen**

Der tschechische Außenminister Jan Lipavský, dessen Land derzeit die EU-Ratspräsidentschaft innehat, hat erklärt, er werde den EU-Ländern vorschlagen, die Grundlage der Beziehungen zu Russland angesichts der "neuen Bedrohungen" zu überdenken. Wörtlich hieß es:

"Ich werde in meiner Rede dazu aufrufen, darüber nachzudenken, wie eine neue EU-Politik gegenüber Russland aussehen sollte. Ich denke, es ist an der Zeit, unsere Politik und Maßnahmen gegenüber Russland zu überdenken."

Laut Lipavský könnte eine detaillierte Diskussion bei einem informellen Treffen der EU-Außenminister Ende August in Prag stattfinden:

"Es gibt eine Reihe von Grundprinzipien, auf denen die Beziehungen zwischen der EU und Russland beruhen, die aktualisiert und an die neue Realität der Feindseligkeit angepasst werden sollen."



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62d537b6b480cc2d0e5cdf33.jpg>

14:00 de.rt.com: **DVR-Vertreter: Befreiung der Donbass-Gebiete wird im Jahr 2022 abgeschlossen sein**

Die vollständige Befreiung der Donbass-Gebiete werde im Jahr 2022 erfolgen. Dies verkündete Eduard Bassurin, der offizielle Sprecher der DVR-Volksmiliz, am Montag. Wörtlich hieß es:

"Wir werden kein Datum nennen, aber die Befreiung der Donbass-Gebiete wird in diesem Jahr vollständig abgeschlossen sein."

Bassurin präzisierte ferner, dass der Feind derzeit nicht wisse, wo der Hauptangriff stattfinden wird. Die Einheiten der ukrainischen Streitkräfte seien daher über die gesamte Frontlinie verteilt, was die alliierten Streitkräfte erfolgreich ausnutzen und schrittweise vorrücken.

14:24 de.rt.com: **"Heißer Herbst"? Verfassungsschutz warnt vor großen Demonstrationen und Gewalt**

Zweieinhalb Jahre selbstgemachte Dauerkrise und die Art der medialen und politischen Instrumentalisierung hinterlassen ihre Spuren: So warnt der Thüringer Verfassungsschutzpräsident Stephan Kramer vor Demonstrationen und möglichen Gewaltausbrüchen im Winterhalbjahr.

Droht Deutschland trotz "Gasnotstand" ein heißer Herbst? Der Präsident des Thüringer Verfassungsschutzes, Stephan Kramer, hat am Montag im Handelsblatt wegen der derzeitigen Häufung von Krisen und des Umgangs der Politik damit vor den Folgen auf die innere Sicherheit in Deutschland gewarnt. Er sagte:

"Wir können alle Probleme irgendwie lösen, davon bin ich überzeugt. [...] Aber wenn das Vertrauen der Bevölkerung in die politische Führung, die Demokratie und unseren Staat weiter erodiert oder zusammenbricht, das möchte ich mir – noch – nicht ausmalen."

Querdenken-Demos waren "Kindergeburtstag" gegen mögliche Herbstproteste

Es sei "realistisch", dass die Proteste gegen die Corona-Maßnahmen in den Jahren 2020 und 2021 "ein Kindergeburtstag waren im Vergleich zum kommenden Herbst und Winter". Ende August 2020 kamen beispielsweise in Berlin – je nach Quelle – mehrere hunderttausend Protestierende zusammen, die sich zum Teil mit bislang ungeahnter Polizeigewalt konfrontiert sahen.

Die Rolle der Politik und der Medien kritisierte Kramer insbesondere. So sei es "weder seriös noch hilfreich Schreckensszenarien im 24-Stundentakt herbeizureden oder Angst zu verbreiten". Er ergänzte aber auch:

"Gleichwohl ist es gerade die Aufgabe der Sicherheitsbehörden, zunächst die politisch Verantwortlichen und dann schließlich auch die Öffentlichkeit angemessen über ihre Einschätzungen zu informieren und dabei auch Worst-Case-Szenarien nicht zu verheimlichen, selbst wenn diese die Bevölkerung beunruhigen könnten."

Die AfD als Buhmann

Die Folgen eines Gasnotstands, bei dem auch die Industrieproduktion zusammenbrechen und dadurch die Arbeitslosigkeit "dramatisch" ansteigen kann, könnte sich stark auf die innere Sicherheit auswirken. Hier müsse man gegensteuern.

Der AfD warf Kramer vor, "ganz vorne mit dabei" zu sein, "die Verunsicherung und Angst in unserer Bevölkerung weiter zu befeuern und für sich in Stimmen und Stimmung umzumünzen". Demnach sinke etwa "die anfängliche Solidarität mit den Ukraine-Flüchtlingen bereits in ganzen Landstrichen fühlbar".

Ähnlich äußerte sich auch Bundesinnenministerin Nancy Faeser. Wegen der "neuen Unsicherheiten über russische Gaslieferungen" hatte sie am Samstag vor radikalen Protesten gewarnt. Sie [sagte](#):

"Natürlich besteht die Gefahr, dass diejenigen, die schon in der Corona-Zeit ihre Verachtung gegen die Demokratie herausgebrüllt haben und dabei oftmals Seite an Seite mit Rechtsextremisten unterwegs waren, die stark steigenden Preise als neues Mobilisierungsthema zu missbrauchen versuchen."

Bringen neue "Corona-Maßnahmen" das Krisen-Fass zum Überlaufen?

Kritisch sieht Kramer die Folgen möglichen neuer "Corona-Maßnahmen" im Herbst. Er sagte: "Anstehende Hygienemaßnahmen und ein möglicher Lockdown stoßen zunehmend auf weniger Verständnis und offene Ablehnung in breiten Teilen der Bevölkerung"

Demnach helfe es auch nichts, "wenn jetzt zur Beruhigung versprochen wird, dass es keine Schulschließungen oder Lockdowns mehr geben wird." Das sei "unseriös und verstärkt das Misstrauen in der Bevölkerung", ergänzte er.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62d531ad48fbef45a22c0dd9.jpg>
Anti-Corona-Großdemo, die von der Bewegung "Querdenken 711" aus Stuttgart durchgeführt

wurde, Berlin, 29. August 2020

14:30 de.rt.com: **EU-Chefdiplomat kritisiert Debatte über Sanktionspolitik**

Der EU-Außenbeauftragte Josep Borrell sieht in europäischen Hauptstädten zunehmende Zweifel an der Sanktionspolitik gegen Russland. "Einige europäische Staats- und Regierungschefs haben gesagt, die Sanktionen seien ein Fehler", sagte der Spanier am Montag am Rande eines EU-Außenministertreffens in Brüssel. Es gebe eine große Debatte darüber, ob die Sanktionen wirksam seien und die EU mehr träfen als Russland.

Zugleich machte Borrell deutlich, dass er die Diskussion für falsch hält. Er warf Kritikern der Sanktionen Falschinformationen vor.

"Ich wünsche mir, dass Menschen eine Zahl hinter jedes ihrer Argumente stellen", sagte Borrell. Die russischen Wirtschaftsdaten zeigten, wie die Sanktionen wirkten – so zum Beispiel die zur Produktion von Autos und Maschinen seit Beginn des Krieges.

Unterstützung bekam Borrell von der deutschen Europastaatsministerin Anna Lührmann, die bei dem EU-Treffen Außenministerin Annalena Baerbock vertrat. "Wir sehen ganz klar, dass die russische Wirtschaft sehr stark getroffen ist von den Sanktionen", sagte die Grünen-Politikerin. So komme Russland beispielsweise in der Flugindustrie nicht mehr voran.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/original/62d53f47b480cc2f1f6aad44.jpg>
g

15:41 (14:41) novorosinform.org: **Verhandlungen zwischen Kiew und Moskau sind nur im Falle einer Niederlage Russlands möglich – Kuleba**

Der ukrainische Außenminister Dmytro Kuleba sagte, dass Verhandlungen mit Russland "erst nach dessen Niederlage auf dem Schlachtfeld" möglich seien.

Er stellte fest, dass die Verhandlungen in direktem Zusammenhang mit der Situation an der Front stünden.

"Russland muss sich nach der Niederlage auf dem Schlachtfeld an den Verhandlungstisch setzen. Andernfalls würde es wieder die Sprache der Ultimaten sein", sagte Kuleba.

Derzeit gebe es keinen Anlass für Konsultationen mit Moskau, betonte der Chef des ukrainischen Außenministeriums. Er fügte hinzu, dass Kiew mit der Menge der gelieferten schweren Waffen nicht zufrieden sei. Gleichzeitig sagte Kuleba, dass schwere Waffen, einschließlich der HIMARS-MLRS, „kommen und noch mehr werden“.

Der Minister sagte auch, dass die Ukraine die Häfen nicht entsperren wird, wenn sie die Gefahr eines Angriffs auf sie vermutet. Kuleba äußerte die Meinung, dass der Grund, warum Moskau bereit sei, zur Freigabe der ukrainischen Häfen für den Getreideexport beizutragen, der Wunsch sei, den neutralen Ländern Asiens und Afrikas zu zeigen, dass Russland sie „vor dem Hungertod gerettet“ habe.



https://novorosinform.org/content/images/90/33/49033_720x405.jpg

15:51 (14:51) novorosinform.org: **Die Ukraine hat die Neonazi-Einheit „Kraken“ an die Slawjansker Front verlegt**

Das Kommando der Streitkräfte der Ukraine hat laut dem Telegram-Kanal „Wargonzo“ das Neonazi-Terrorbataillon „Kraken“, eine Unterabteilung des in Russland verbotenen Asow-Regiments, an der Front in der Nähe von Slowjansk stationiert.

Quellen des Kanals enthüllten den Aufenthaltsort der Neonazis. In Slawjansk wurde für sie ein rückwärtiger Stützpunkt geschaffen. Die Kämpfer selbst wurden an die Front im Gebiet des Dorfes Nikolaewka verlegt, das sich gegenüber den Stellungen der russischen Alliierten im Gebiet von Brusino und Schtschurowo befindet.

Die Einheit "Kraken" ist bekannt für ihre Kriegsverbrechen gegen gefangene russische Soldaten und den Terror gegen die Zivilbevölkerung in der Region Charkow.



https://novorosinform.org/content/images/90/34/49034_720x405.jpg

14:52 de.rt.com: **"Höhere Gewalt": Gazprom kann einige Gaslieferungen nach Europa nicht erfüllen**

Für mindestens einen europäischen Großkunden müsse man die Lieferung von Erdgas aus Russland einstellen, so der russische Gasenergiekonzern Gazprom am Dienstag. Grund hierfür sei "höhere Gewalt". Der Schritt dürfte in unmittelbarem Zusammenhang mit den aktuellen politischen Spannungen und jüngsten weiteren Schritten des Westens gegen Russland stehen.

Der russische Gasenergiekonzern Gazprom hat erklärt, mindestens einem europäischen Großkunden kein Erdgas mehr liefern zu können, wie Reuters berichtet. Als Grund nannte das Unternehmen "höhere Gewalt". Gazprom könne seine Lieferverpflichtungen aufgrund

"außergewöhnlicher" Umstände, die außerhalb seiner Kontrolle liegen, nicht nachkommen, heiße es in einem Schreiben. Dies gelte rückwirkend für die Lieferungen ab dem 14. Juni durch die Nord Stream 1-Pipeline. Das Unternehmen selbst gab zunächst keinen Kommentar ab.

Die Maßnahme dürfte in unmittelbarem Zusammenhang mit den aktuellen Spannungen zwischen Russland und dem Westen wegen des Krieges in der Ukraine stehen. Die Europäische Union hatte umfangreiche Sanktionen gegen Moskau verhängt und erklärt, die Nutzung fossiler Brennstoffe aus Russland bis 2027 einstellen zu wollen.

Wie EU-Ratspräsident Charles Michel am Montag nach Beratungen der Außenminister der Mitgliedsstaaten ankündigte, wolle die EU zudem weitere 500 Millionen Euro für die Lieferung von Waffen und Ausrüstung an die ukrainischen Streitkräfte zur Verfügung stellen. Damit erhöhen sich die EU-Mittel für Militärhilfe an die Ukraine auf 2,5 Milliarden Euro.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62d55e4748fbef0e767cad0e.jpg>

15:00 de.rt.com: **LVR-Chef Passetschnik: Neue Verwaltungen in allen Städten und Bezirken der Volksrepublik eingerichtet**

Die Bildung neuer Verwaltungen in allen Städten und Bezirken der Volksrepublik Lugansk ist abgeschlossen, berichtete der LVR-Chef Leonid Passetschnik auf seinem Telegram-Kanal. Ihm zufolge wurde am Montag die letzte von ihnen in der befreiten Stadt Lissitschansk mit Andrei Skory an der Spitze eingerichtet. Skory stamme selbst aus Lissitschansk und habe sich selbst an der Befreiung der Stadt beteiligt, so Passetschnik.

Lissitschansk steht seit dem 3. Juli unter der Kontrolle der russischen Truppen und der Volksmiliz der LVR. Dies war die letzte größere Stadt auf dem Gebiet der Republik, die bis zuletzt von den ukrainischen Truppen gehalten wurde.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/original/62d544aab480cc2d0e5cdf42.jpg>

15:01 de.rt.com: **Britischer Militärführer: Nächster Premierminister muss Russland als "größte Bedrohung" anerkennen**

Laut Admiral Tony Radakin, Chef des britischen Verteidigungsstabes, sollte der Nachfolger von Boris Johnson als Premierminister vor allem eines anerkennen: Dass Russland "noch für Jahrzehnte die größte Bedrohung für Großbritannien" darstellen werde.

Der Nachfolger von Boris Johnson als britischer Premierminister sollte anerkennen, dass Russland die "größte Bedrohung" für das Vereinigte Königreich darstellt, sagte der Chef des britischen Verteidigungsstabes, Admiral Tony Radakin.

Die Einweisung, die der neue Regierungschef von den obersten Militärs erhalten soll, werde "von der Ukraine und der Unterstützung, die wir der Ukraine gewähren, dominiert werden", sagte Radakin im Sonntagmorgenprogramm gegenüber BBC One.

Und er ergänzte:

"Und dann müssen wir den Premierminister an die außerordentliche Verantwortung erinnern, die er gegenüber Großbritannien als Atommacht hat".

Johnson hatte Anfang des Monats nach mehreren öffentlichkeitswirksamen Skandalen und einer Welle von Rücktritten seiner Kabinettsminister seinen Rücktritt angekündigt. Er bleibt jedoch noch so lange im Amt, bis sein Nachfolger gewählt ist.

Unter dem scheidenden Premierminister war London einer der stärksten Unterstützer Kiews im militärischen Konflikt mit Moskau. Großbritannien belieferte die Ukraine mit Waffen, bildete Truppen aus und setzte sich für eine militärische Lösung der Krise ein, während es gleichzeitig weitreichende Sanktionen gegen Russland verhängte.

Nach Einschätzung des britischen Militärs hat Russland "ein relativ stabiles Regime", was bedeute, dass es Großbritannien auch in den kommenden Jahren gefährden werde, so Radakin weiter:

"Die Herausforderung durch Russland wird weit über die Jahre 2022, 2023 und 2024 hinaus andauern, sie wird für eine lange Zeit andauern ... möglicherweise Jahrzehnte, was die Bedrohung durch Russland angeht."

Moskaus Landstreitkräfte "sind wahrscheinlich kurzfristig eine geringere Bedrohung, weil sie durch die Kämpfe in der Ukraine dezimiert werden", fügte er hinzu. Aber gleichzeitig warnte er:

"Aber Russland ist nach wie vor eine Atommacht, es hat Cyber-Fähigkeiten, es hat Weltraum-Fähigkeiten und es hat spezielle Programme unter Wasser, sodass es die Unterwasserkabel bedrohen kann, die den Informationsfluss um den ganzen Globus ermöglichen."

Auf die Frage, wie das britische Militär aussehen würde, wenn die Verteidigungsausgaben auf drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts BIP erhöht würden, wie von einigen Politikern gefordert, sagte der Admiral, dass die Streitkräfte dann "noch moderner und schlagkräftiger wären und noch mehr Einfluss in der Welt hätten".

Letzten Monat gab Radakin zu, dass das Vereinigte Königreich der Ukraine bereits so viele Waffen geliefert habe, dass es Jahre dauern werde, bis das Land sie ersetzen könne. Im britischen Parlament sagte er:

"Ja, man kann Granaten und Artillerie produzieren, aber selbst bei den nicht so anspruchsvollen Waffen, selbst bei den bescheidenen NLAW (Panzerabwehrwaffen), wird es mehrere Jahre dauern, bis wir unsere ursprünglichen Bestände wieder erreicht haben."

Großbritannien bräuchte nun zwischen fünf und zehn Jahren, um eine Division aufzustellen, "die wir wollen", so der Admiral.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62d5321048fbef41ce797b49.jpg>

Der Chef des britischen Verteidigungsstabs, Admiral Sir Tony Radakin, verlässt eine Kabinettsitzung in der Downing Street, London, Großbritannien, am 19. April 2022.

15:30 de.rt.com: **Türkei kündigt für diese Woche neue Getreide-Beratungen an**

Delegationen der Türkei, Russlands, der Ukraine und der Vereinten Nationen werden sich diese Woche in der Türkei treffen, um über die "Getreidefrage" zu beraten. Dies gab der türkische Verteidigungsminister Hulusi Akar bekannt.

Zuvor hatten Militärdelegationen der Türkei, Russlands, der Ukraine und die UN-Delegation in Istanbul Gespräche zur Lösung der "Getreidefrage" geführt.

Im Anschluss an die Beratungen erklärte Akar, man habe sich darauf geeinigt, ein Koordinierungszentrum in Istanbul einzurichten. Die ukrainische und die russische Delegation würden sich nächste Woche in der Türkei erneut zusammensetzen, um die "Getreidefrage" zu erörtern.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62d551c8b480cc0a305528b3.jpg>

15:55 de.rt.com: **Ukraine: Generalstaatsanwältin und SBU-Chef suspendiert, ehemaliger SBU-Regionalleiter festgenommen**

Der Präsident der Ukraine Selenskij hat die Generalstaatsanwältin und den Chef des Geheimdienstes SBU suspendiert – beides mit angeblich zahlreichen Fällen des Staatsverrats in ihren Behörden begründet. Auch ließ er den ehemaligen SBU-Regionalleiter für die Krim festnehmen.

Eine ganze Säuberungswelle scheint durch die Justiz- und Sicherheitsbehörden der Ukraine zu rollen.

So hat der Präsident des Landes Wladimir Selenskij am 17. Juni 2022 die Generalstaatsanwältin Irina Wenediktowa von ihrem Posten suspendiert – ohne sie allerdings gänzlich abzusetzen – und den Leiter des Geheimdienstes SBU Iwan Bakanow vom Dienst suspendiert. Die etwas unglücklichen Formulierungen im Dekret zu Wenediktowa und in der [Telegram-Meldung](#) auf dem offiziellen Kanal des Präsidenten erweckten sogar den Eindruck, sie sei gefeuert worden. Der stellvertretende Leiter des ukrainischen Präsidialbüros Andrei

Smirnow musste am Folgetag präzisieren:

"Von einer Entlassung dieser zwei Beamten ist die Rede bislang noch nicht. Die Rede ist davon, dass die Generalstaatsanwältin von ihrem Posten und der Leiter des Sicherheitsdienstes vom Nachgehen der dienstlichen Verpflichtungen suspendiert sind." Die Suspendierungen gelten für die Dauer der strafrechtlichen Ermittlungen gegen andere Mitarbeiter der Generalstaatsanwaltschaft und des SBU – damit die Leiter sich nicht in den Gang dieser Ermittlungen einmischen können, so Smirnow. Einer dieser Mitarbeiter – der bislang einzige, der mediale Bekanntheit erlangte – ist Oleg Kulinitich. Kulinitich war Gebietsleiter für die Krim. Nach der Rückkehr der Halbinsel zu Russland infolge des Referendums von 2014 wurde die Leitung (und mit ihr Kulinitich) nach Cherson verlegt, wo sie bis zur Befreiung der Stadt durch russische Truppen am 02. März 2022 saß – und dann ein weiteres Mal. Nachdem die kiewtreuen Truppen Cherson verloren, hatte Selenskij Kulinitich von diesem Posten befreit – der Offizier arbeitete jedoch weiterhin beim SBU und war sogar Gehilfe des nun suspendierten SBU-Chefs Bakanow. Im vorigen Frühling hatte Maxim Buschanski, Abgeordneter im ukrainischen Parlament, die Rechtmäßigkeit der Ernennung Kulinitichs angezweifelt und ihre Überprüfung gefordert – weil Kulinitich bis zum Jahr 1994 in der Akademie des russischen FSB gelernt und folglich auch in den russischen Geheimdiensten gearbeitet habe. Nun, so der ukrainische Präsident, hätte sich jedweder Verdacht gegen Kulinitich bewahrheitet – er habe als SBU-Offizier nachweislich für Russland gearbeitet.

Die eröffneten Ermittlungsprozesse gegen Mitarbeiter der Staatsanwaltschaft, aber auch anderer gesetzeshütenden und Sicherheitsbehörden seien sage und schreibe 651 an der Zahl, [schrieb](#) Selenskij in seinem Telegram-Kanal, und den bislang größtenteils ungenannten Mitarbeitern werden Staatsverrat und natürlich auch "Kollaborationismus" mit Russland vorgeworfen:

"Insbesondere sind über 60 Mitarbeiter der Staatsanwaltschaft und des SBU in besetzten Gebieten verblieben und arbeiten gegen unseren Staat. Ein derartiges Massiv an Verbrechen gegen die Grundlagen der Staatssicherheit und an aufgedeckten Verbindungen zwischen den Mitarbeitern der Sicherheitsdienste der Ukraine und den Geheimdiensten Russlands stellen die Führung der relevanten [Behörden] vor durch und durch ernstzunehmende Fragen." Ob Selenskij, sein Kabinett und Büro oder auch "Berater" aus dem In- wie Ausland von der Führung der jeweiligen Behörden lediglich höhere ideologische Wachsamkeit bei der Einstellung und Beförderung ihrer Mitarbeiter erwarteten (und diese Erwartung enttäuscht wurden) – oder aber bereits eine deutlich härtere Gangart gegen die sogenannten "Staatsverräter" und "Kollaborateure", ist nicht bekannt. Die härtere Gangart allerdings wird in der Ukraine schon länger und häufig gefahren, und zwar laut der UN-Überwachungsmission zu Menschenrechten in der Ukraine auch vom SBU. Im Bericht der Organisation vom Jahr 2021 [ist die Rede](#) von Festnahmen und Entführungen, außergerichtlicher Inhaftierung, Mord und Folter. Hiervon sind durchaus auch Beamte des ukrainischen Staates betroffen, die nach Befreiung der ihnen anvertrauten Ortschaften durch die russischen Streitkräfte oder die Lugansker oder Donezker Volksmiliz ihre Arbeit fortsetzten, oder zu Verhandlungen mit diesen aufriefen. Die an ihnen und ihren Angehörigen begangenen Verbrechen haben die offizielle Billigung Kiews:

So wurde am 2. März [Wladimir Struk](#), der Bürgermeister der Stadt Kreminna in der Region Lugansk für die Bereitschaft der Zusammenarbeit mit Russland vor laufender Kamera erschossen. Sein Vergehen bestand darin, seine Kollegen zu Verhandlungen mit dem Donbass-Militär aufzurufen. Er wurde abgeholt, gefoltert und erschossen, und Anton Geraschtschenko, Berater des Innenministeriums, feierte diesen Mord mit der Bemerkung "ein Verräter weniger in der Ukraine".

In der zweiten Märzhälfte [entführte der ukrainische Sicherheitsdienst SBU die Tochter](#) des Bürgermeisters der von der russischen Armee besetzten Stadt Kupjansk in der Region

Charkow, Gennadij Mazegor. Ihm wird ebenfalls "Kollaboration mit dem Besatzer" vorgeworfen. Die 20-jährige Studentin hielt sich in der Westukraine auf, als sie entführt wurde. Nach den Worten von Mazegor in einer emotionalen Videoansprache an Selenskij wird er damit bedroht, dass die Tochter umgebracht werden soll.

Soweit die Opfer des im Westen sogenannten "Massakers von Butscha" bis jetzt überhaupt namentlich bekannt wurden, handelt es sich um Personen, bei denen man prorussische Ansichten vermuten kann. So gehört zu den Todesopfern der offen prorussische Politiker [Alexander Rschawskij](#). Die prorussischen Ansichten zeigte der ehemalige Rada-Abgeordnete bis zuletzt. Warum das russische Militär ausgerechnet ihn erschießen sollte, liegt im Dunkeln. Die Ortsvorsteherin des Dorfes Butscha, Olga Suchenko, hatte bis zu ihrem Verschwinden Ende März 2022 mit den russischen Truppen zumindest in humanitären Fragen zusammengearbeitet. Nach Aussagen der Dorfbewohner hatte sie sich vor Einzug des russischen Militärs geweigert, den Ort zu verlassen, weil sie ihre Amtspflichten im Interesse der Dorfbewohner fortführen wollte. Die Dorfbewohner beschrieben auch eine energische Aktivität der Ortsvorsteherin bei der Lösung von Versorgungsfragen. Dass dies in der Zeit bis zum Abzug des russischen Militärs nur durch Zusammenarbeit mit letzterem möglich war, liegt in der Natur der Sache.

Außerdem [verschwanden](#) nach Beginn der russischen Intervention im Ukraine-Konflikt mehrere oppositionelle Politologen, Journalisten und Aktivisten.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62d562a1b480cc07d547f4cf.jpg>

16:57 (15:57) [novorosinform.org](#): **Kiew will das Szenario von „Asowstal“ in zwei Werken wiederholen – Rogow**

Die Streitkräfte der Ukraine könnten das Szenario des Mariupoler Asowstal-Werks in zwei Unternehmen in Saporoschje wiederholen, sagte Wladimir Rogow, Mitglied des Hauptrates der militärisch-zivilen Verwaltung der Region Saporoschje.

Die betroffenen Anlagen „Saporoshstal“ und „Saporoshkoks“ gehörten dem ukrainischen Oligarchen Rinat Achmetow, berichtete Rogow unter Berufung auf seine Quellen im von Kiew kontrollierten Regionalzentrum.

„Achmetow hat sie für die Bedürfnisse der Streitkräfte der Ukraine und der Nationalen Bataillone bereitgestellt“, [zitiert](#) ihn TASS.

Rogow sagte auch, dass die zuverlässigen Befestigungen aus der Sowjetzeit den ukrainischen Streitkräften geholfen hätten, ihre Stellungen in der Region Saporoschje zu sichern. Er fügte hinzu, dass die Funktion der Kontaktlinie in Saporoschje darin bestehe, "den Deckel des Kessels im Donbas zu schließen".

Es sei daran erinnert, dass mehr als 500 in Mariupol gefangene Asow-Kämpfer und andere bewaffnete Formationen Angeklagte in Strafverfahren wegen Kriegsverbrechen in der DVR geworden sind.



https://novorosinform.org/content/images/90/42/49042_720x405.jpg

16:00 de.rt.com: Russland: Gericht verhängt neue Strafe gegen Google in Höhe von mehr als 360 Millionen Euro

Ein Moskauer Gericht hat den US-amerikanischen IT-Giganten Google zu einer neuen Geldbuße in Höhe von mehr als 21 Milliarden Rubel (knapp 363 Millionen Euro) verurteilt. Dabei handelt es sich bereits um die zweite Umsatzstrafe des Technologieunternehmens wegen dessen wiederholter Weigerung, verbotene Inhalte zu löschen, berichtete ein Korrespondent von RIA Nowosti am Montag aus dem Gerichtssaal.

Zuvor hatte die russische Medienaufsichtsbehörde Roskomnadsor insgesamt 17 Vorwarnungen an Google LLC geschickt und die Firma darin aufgefordert, irreführende Informationen über die russische militärische Sonderoperation in der Ukraine, die die russischen Streitkräfte diskreditieren, von ihrer Video-Plattform YouTube zu entfernen. Diese blieben jedoch bis heute auf dem Portal verfügbar.

Ende Dezember war der US-Konzern als erstes Unternehmen in Russland zu einer Umsatzstrafe in Höhe von 7,22 Milliarden Rubel (mehr als 120 Millionen Euro) verurteilt worden, weil es wiederholt gegen das Verfahren zur Beschränkung des Zugangs zu rechtswidrigen Inhalten verstoßen hatte. Die Geldbuße sei inzwischen eingezogen worden, so Roskomnadsor.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/original/62d55249b480cc04f508e265.jpg>

16:20 de.rt.com: EU kündigt weitere 500 Millionen Euro für Waffen für Ukraine an

Die EU will weitere 500 Millionen Euro für die Lieferung von Waffen und Ausrüstung an die ukrainischen Streitkräfte zur Verfügung stellen. Das kündigte EU-Ratspräsident Charles

Michel am Montag nach Beratungen der Außenminister der EU-Staaten in Brüssel an. Mit der neuen Unterstützung erhöhen sich die für die Ukraine zur Verfügung gestellten EU-Mittel für Militärhilfe auf 2,5 Milliarden Euro. "Europa steht an der Seite der Ukraine", schrieb Michel in einer Twitter-Nachricht an die Adresse des ukrainischen Präsidenten Wladimir Selenskij. Ein erstes Paket über 500 Millionen Euro war bereits Ende Februar bewilligt worden, drei weitere folgten dann im März, April und Mai. Mit den Geldern werden laut EU-Angaben Waffen, aber auch Dinge wie persönliche Schutzausrüstung, Sanitätsmaterial und Treibstoff finanziert.

Aus dem vierten Paket waren beispielsweise 490 Millionen Euro für Waffen und Munition sowie zehn Millionen Euro für Ausrüstung vorgesehen. Als konkrete Beispiele für geplante Waffenlieferungen nannte der EU-Außenbeauftragte Josep Borrell zuletzt Artilleriegeschütze und Panzerfahrzeuge.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/original/62d5555b48fbef4603370898.jpeg>

16:40 de.rt.com: **Innenministerium der LVR erklärt Sewersk für befreit**

Das Innenministerium der Lugansker Volksrepublik (LVR) hat bekannt gegeben, dass die Stadt Sewersk nun völlig unter der Kontrolle der LVR stehe. Sewersk liegt auf dem Gebiet der Donezker Volksrepublik. Es waren jedoch Lugansker Einheiten, die die Stadt stürmten. Von hier aus führen die Wege zur Offensive auf Soledar, Bachmut und Slawjansk.

Zuvor war berichtet worden, dass die verbündeten Streitkräfte Russlands und der DVR/LVR das Dorf Bogoroditschnoje in der Volksrepublik Donezk von ukrainischen Nazis befreit haben sollen und dass eine starke Offensive auf Slawjansk vorbereitet werden soll.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62d55ace48fbef45b21ccad0.jpg>

17:00 de.rt.com: **Maria Sacharowa: Selenskij will keinen Frieden**

Kiew habe erneut bekräftigt, dass es die Verhandlungen mit Moskau zur Lösung der Ukraine-Krise ablehne, sagte die Sprecherin des russischen Außenministeriums Maria Sacharowa.

Damit kommentierte sie die jüngste Aussage des ukrainischen Außenministers Dmitri Kuleba, wonach der Verhandlungsprozess nur nach einer "Niederlage Russlands" möglich sei und es sonst "wieder die Sprache der Ultimaten sein" werde. Darauf antwortete Sacharowa auf ihrem Telegram-Kanal:

"Die Antwort an alle, die Russland vorwerfen, 'nicht mit dem Kiewer Regime zu verhandeln'. Das Kiewer Regime hat selbst darauf verzichtet. Kuleba hat dies heute erneut bewiesen. Er hat jedoch vergessen hinzuzufügen, dass dies nicht die Position des ukrainischen Staates ist, sondern ein von Washington gesungenes Lied, das das Kiewer Regime zur Ausführung akzeptiert hat. Aber es steht fest – Selenskij und seine Mitstreiter (was von ihnen übriggeblieben ist) wollen keinen Frieden."



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/original/62d55c3948fbef0e767cad08.jpg>

Die Sprecherin des russischen Außenministeriums Maria Sacharowa bei ihrer wöchentlichen Pressekonferenz in Moskau, 14. Juli 2022

Telegram-Kanal des Stabs der Territorialverteidigung der DVR: **Abendbericht des Stabs der Territorialverteidigung der DVR am 18. Juli 2022**

Die Behörden der DVR führen weiter vorrangige Maßnahmen zum Wiederaufbau des sozial-humanitären Bereichs durch.

In den Ortschaften des Bezirks Krasnyj Liman wurden Renten und Sozialzahlungen ausgezahlt.

In Mariupol, Wolnowacha und Wolodarskoje wurden Arbeiten zum Anschluss von Verbrauchern an das Telekommunikationsnetz durchgeführt.

Die Reparatur der Autostraße Kremenewka – Jalta geht weiter.

Zivilschutzkräfte haben mehr als 14 Hektar Territorium untersucht und 131 explosive Objekte entschärft.

Wir erinnern daran, dass einige Ortschaften der Donezker Volksrepublik mit explosiven Objekten übersät sind.

So haben die bewaffneten Formationen der Ukraine mit Hilfe von Raketenartillerie Antipersonenminen „Lepetok“ auf dem Gebiet von Jassinwowataja abgeworfen.

Zurzeit ergreifen Spezialdienste der DVR alle notwendigen Maßnahmen zur Minenräumung. Seien Sie aufmerksam und vorsichtig! Bei der Entdeckung von explosiven Objekten rufen sie das Zivilschutzministerium und die Polizei an.

Das Innenministerium und die Militärkommandantur der DVR überprüfen weiter Ausweise und gewährleisten den Schutz der öffentlichen Ordnung in allen befreiten Ortschaften.

Bei Informationen über verdächtige Personen oder mögliche rechtswidrige Aktivitäten bitten wir, sich unverzüglich an die Telefonnummern des Staatssicherheitsministerium der DVR zu

wenden.

17:20 de.rt.com: **Berlin will Russland mit Nord-Stream-Turbine "Vorwand nehmen"**

Mit der Lieferung einer Gasturbine für die Pipeline Nord Stream 1 soll Russland nach Darstellung der Bundesregierung ein "Vorwand" für einen Stopp der Gaslieferungen genommen werden. Das erklärte eine Sprecherin von Wirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) am Montag in Berlin. Sie sagte, weil Sicherheitsfragen berührt seien, könne sie keine Auskunft geben, wann sich die Turbine wo befinde. Sie verwies außerdem auf Aussagen von Siemens Energy, dass alles dafür getan werde, dass Transport und Einsatz der Turbine schnellstmöglich erfolgten.

Nach allem, was das Ministerium wisse und was auch Experten gesagt hätten, sei die Turbine bislang als Vorwand genutzt worden, so die Sprecherin. "Es handelt sich um eine Ersatzturbine. Dennoch tun wir alles, um diesen Vorwand zu nehmen", sagte sie weiter. "Nach unseren Informationen ist diese Turbine eine Ersatzturbine, die für den Einsatz im September bestimmt war."

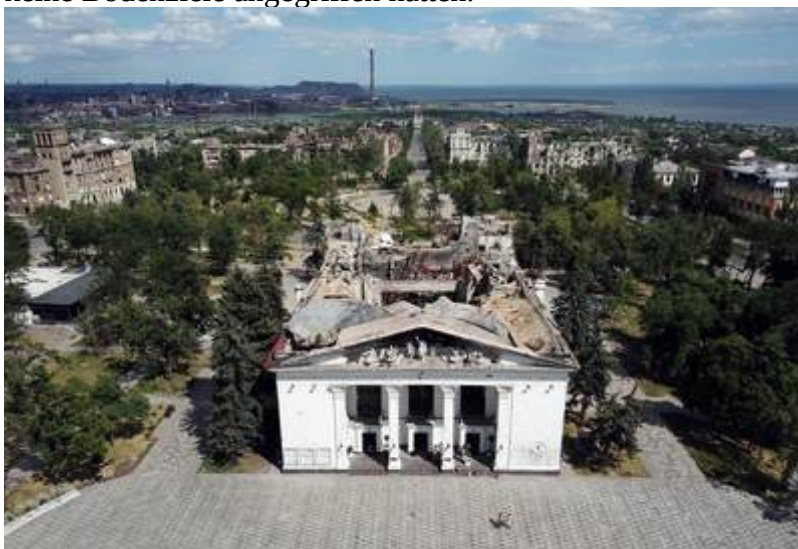
17:40 de.rt.com: **LVR: Explosion im Mariupoler Theater durch einen ukrainischen Sprengsatz verursacht**

Der Assistent des Innenministers der Lugansker Volksrepublik Witali Kiseljow hat die Explosion im Theater von Mariupol auf einen ukrainischen Sprengsatz zurückgeführt. Der Nachrichtenagentur RIA Nowosti zufolge erklärte er:

"Die Explosion ereignete sich im Inneren des Theaters. [...] Zwei bis drei Tage zuvor brachten Freiwillige und Angehörige der ukrainischen Streitkräfte Kisten hinein. Es gab 67 oder 68 Kisten, sie waren klein, zwischen drei und vier Kilogramm Sprengstoff. Möglicherweise gab es dort auch Munition und Minen, das spielt aber keine Rolle, denn der gelegte Sprengsatz war sehr leistungsstark."

Nach Kiseljows Angaben starben unter den Trümmern 14 Personen, davon elf Angehörige der ukrainischen Armee. Grund für die Explosion sei ein Fehler bei der Installation des Sprengsatzes gewesen, so Kiseljow weiter. Der Assistent des Innenministers der LVR kündigte außerdem eine baldige Veröffentlichung der Untersuchungsergebnisse an.

Das Mariupoler Schauspielhaus war nach Angaben des russischen Verteidigungsministeriums am 16. März durch Angehörige des neonazistischen Asow-Regiments gesprengt worden. Dabei wies die Behörde die Version Kiews, wonach das Theater durch einen russischen Luftschlag zerstört wurde, zurück, und erklärte, dass Russlands Luftstreitkräfte an jenem Tag keine Bodenziele angegriffen hätten.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/original/62d5655e48fbef4df46166c5.jpg>

Das zerstörte Theater in Mariupol, Aufnahme vom 14. Juli.

Tass.ru: **Kiew wird erst nach einer „Niederlage der RF auf dem Kampffeld“ bereits zu Verhandlungen mit Moskau sein**, erklärte der Außenminister der Ukraine Dmitrij Kuleba in einem Interview mit „Forbes Ukraina“.

Er erklärte auch, dass die Ukraine die diplomatischen Beziehungen mit Belarus aufheben wird, falls die Armee der Republik auf ihr Territorium vordringt.

17:45 de.rt.com: **Nach Aussagen von Vučić: Ukrainischer Politiker droht Serbien mit Vergeltung**

Erst jünger hatte sich der serbische Präsident Vučić in einem Interview ausführlich zum Ukraine-Konflikt geäußert und mit seinen Aussagen auch außerhalb Serbiens für Schlagzeilen gesorgt. Ein ukrainischer Politiker kündigte nun wegen seiner Äußerungen Vergeltung gegen Serbien an.

Der Ukraine-Konflikt sei eigentlich bereits ein Weltkrieg, hatte der serbische Präsident Aleksandar Vučić vor wenigen Tagen gegenüber dem serbischen Fernsehsender Pink erklärt. Die gesamte westliche Welt kämpfe über die Ukraine gegen Russland. Es sei kein regionaler oder lokaler Krieg, es sei ein "globaler Konflikt", so der serbische Präsident. Demnach werde sich der Krieg seiner Meinung nach nur noch verschlimmern.

Zugleich äußerte der 52-Jährige die Überzeugung, dass der russische Präsident Wladimir Putin, wenn Russland in der Ostukraine weiter an Boden gewinnen wird, mit einem konkreten "Vorschlag" auf den Westen zugehen werde.

"Ich weiß, was uns erwartet. Sobald Wladimir Putin die Sache Sewersk, Bachmut und Soledar erledigt hat, nachdem er die zweite Linie Slawjansk-Kramatorsk-Awdejewka erreicht hat, wird er einen Vorschlag unterbreiten. Und wenn sie [der Westen] ihn nicht annehmen – und das werden sie nicht – wird die Hölle losbrechen", prophezeite der serbische Staatschef, ohne Einzelheiten zu nennen.

Aus der Ukraine folgte prompt eine Reaktion auf diese Aussagen von Vučić. Alexei Gontscharenko, Abgeordneter des ukrainischen Parlaments und Mitglied der ukrainischen Delegation in der Parlamentarischen Versammlung des Europarats, verstand die Äußerungen von Vučić wohl als Aufforderung zur Kapitulation seines Landes und schrieb auf dem Kurznachrichtendienst Twitter, dass es derzeit "schwierig ist, schwierig für uns, aber am Ende werden wir gewinnen". Er fügte hinzu:

"Aber wir werden Serbien zusammen mit seinem Präsidenten definitiv nicht vergessen. Und dann wird es interessant sein, Serbien mit seinen 6 Millionen Einwohnern und seinem Wunsch, der EU beizutreten, zu beobachten."

Was er genau meinte, erklärte Gontscharenko in einem weiteren Tweet. So schrieb er:

"Ich denke, unsere kroatischen Brüder und Schwestern und wir werden das beobachten und den Rest der Welt daran erinnern. Der Prozess der Umerziehung ist schwierig und wird für die Serben unangenehm sein, aber wir können damit umgehen."

Angesprochen auf die Ankündigung des ukrainischen Politikers und der Drohung mit einer "Umerziehung" der Serben mit Hilfe Kroatiens, sagte der serbische Präsident, dass er der Ukraine und ihrem Volk alles Gute wünsche.

Serbien steht seit dem Beginn der russischen Militäroperation in der Ukraine unter enormen Druck aus der EU und den USA, weil sich Belgrad bislang geweigert hatte, Sanktionen gegen Moskau zu verhängen. Stattdessen hatte Serbien erst jüngst ein neues Gasabkommen mit Russland geschlossen.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62d575e0b480cc07d547f4e8.jpg>
Menschen halten eine riesige russisch-serbische Flagge am 4. März 2022 in Belgrad bei einer von serbischen Organisationen veranstalteten Kundgebung zur Unterstützung der russischen Militäroperation in der Ukraine.

abends:

18:00 de.rt.com: Schweiz will keine Verletzten aus der Ukraine aufnehmen

Kiew kann nicht mehr alle Verletzten bei seinem Krieg mit Russland aus eigenen Kapazitäten versorgen und fragte daher bei westlichen Staaten nach Unterstützung an. Die Ukraine fragte auch die Schweiz, die diese Anfrage aber ablehne, wie der *Tages-Anzeiger* schrieb.

Die Anfrage erging bereits im Mai beim Schweizer Koordinierten Sanitätsdienst, einem Bestandteil der Armee. Diese wurde nicht direkt von der Ukraine gestellt, sondern von einer Suborganisation der NATO, die der Ukraine im Krieg mit Russland indirekt beisteht. Laut der Genfer Konvention muss die Schweiz ukrainische Soldaten, die zur Behandlung ins Land kommen, bis zum Kriegsende an der Teilnahme von Kriegshandlungen abhalten, also in Gewahrsam halten.

Das Schweizer Außenministerium lehnte die Anfrage mit dem Hinweis auf die Neutralität des Landes ab.

18:20 de.rt.com: Slowakische Präsidentin erlaubt Bürgern Beitritt zu ukrainischen Streitkräften

Die Präsidentin der Slowakei Zuzana Čaputová hat den ersten Staatsbürgern ihres Landes erlaubt, sich den ukrainischen Streitkräften anzuschließen und im Ukraine-Krieg auf Seiten Kiews zu kämpfen, wie ihr Sprecher Martin Strižinec mitteilte. Ihm zufolge berücksichtigte die Staatschefin bei der Prüfung entsprechender Anträge die Empfehlungen des slowakischen Verteidigungs-, Innen- und Außenministeriums. Von den zehn eingereichten Anträgen seien vier stattgegeben worden, sagte der Sprecher.

Nach der slowakischen Gesetzgebung können die slowakischen Staatsbürger den Streitkräften anderer Staaten nur mit Genehmigung des Staatspräsidenten beitreten, der der oberste Befehlshaber ist.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/original/62d568f548fbef45a22c0e29.jpg>

Die slowakische Präsidentin Zuzana Čaputová hält eine Rede bei der UN-Klimakonferenz in Glasgow 2021

Telegram-Kanal der Volksmiliz der DVR: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR über die Lage um 19:30 Uhr am 18.07.22**

Am heutigen Tag hat der Gegner nach Informationen des GZKK der DVR mehr **als 260 Geschosse** mit Mehrfachraketenwerfern „Grad“, Rohrartillerie des Kalibers 155, 152 und 122mm sowie 120mm-Mörsern abgefeuert.

Die Gebiete von **12 Ortschaften** der Republik wurden beschossen. Infolge von Beschuss wurden 2 zivile Verletzte. 15 Wohnhäuser und 3 zivile Infrastrukturobjekte wurden beschädigt.

Zusätzliche Informationen über verletzte Zivilisten und Schäden an Infrastruktur werden noch ermittelt.

Mit Trauer teilen wir mit, dass bei der Ausführung ihrer militärischen Pflicht im Kampf für die Unabhängigkeit **2 Verteidiger der Donezker Volksrepublik starben und 4 verletzt** wurden.

Wir sprechen den Verwandten und Freunde der Toten unser aufrichtiges Mitgefühl aus.

18:40 de.rt.com: **Gazprom informiert Uniper über fehlende Gaslieferungen wegen höherer Gewalt**

Der russische Gaskonzern Gazprom hat ausgebliebene Gaslieferungen gegenüber seinem Kunden Uniper mit höherer Gewalt begründet. Uniper habe ein Schreiben von Gazprom Export erhalten, sagte ein Sprecher des Energieversorgers der Finanz-Nachrichtenagentur dpa-AFX am Montagnachmittag in Düsseldorf. Gazprom Export ist ein hundertprozentiges Tochterunternehmen des russischen Staatskonzerns.

In dem Schreiben habe Gazprom Export rückwirkend "Force Majeure" (deutsch: Höhere Gewalt) für die bisherigen und aktuellen Fehlmengen bei den Gaslieferungen geltend gemacht. Uniper hält dies dem Sprecher zufolge jedoch für nicht gerechtfertigt und hat diesen Anspruch formell zurückgewiesen.

Zuvor hatte die Nachrichtenagentur Reuters ohne Nennung des Konzernnamens berichtet, dass Gazprom mindestens einen Kunden mit dem Schreiben kontaktiert habe. Gazprom könne seinen Lieferverpflichtungen aufgrund "außergewöhnlicher" Umstände, die außerhalb seiner Kontrolle liegen, nicht nachkommen, hieß es. Dies gelte rückwirkend für die Lieferungen ab dem 14. Juni durch die Pipeline Nord Stream 1. Der russische Konzern selbst gab zunächst keinen Kommentar ab.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/original/62d5871948fbef490262fd66.jpg>

Erdgasverteilerzentrum im österreichischen Baumgarten an der March

18:49 de.rt.com: **US-Finanzministerin: USA durch Indiens Haltung zu Ölpreisobergrenzen ermutigt**

US-Finanzministerin Janet Yellen erklärte, die USA und Indien hätten Gespräche über eine Begrenzung des russischen Ölpreises geführt. Ein anderer Sprecher des US-Ministeriums stellte klar, dass Neu-Delhi keine Zusagen gemacht, aber auch keine Ablehnung geäußert habe.

Die USA haben mit Indien ermutigende Gespräche über eine Preisobergrenze für russisches Öl geführt. Dies sagte US-Finanzministerin Janet Yellen in einem [Interview](#) mit Reuters. Die Quelle der Nachrichtenagentur im Ministerium sagte, dass Indien in dieser Hinsicht keine Versprechungen gemacht habe, sich aber bereit erklärt habe, mit der US-Seite zusammenzuarbeiten, und sich nicht "feindselig gegenüber der Idee" geäußert habe.

Am Samstag berichtete Yellen von produktiven Gesprächen zu diesem Thema mit mehr als sechs Gesprächspartnern am Rande des G20-Treffens der Finanzminister und Zentralbankchefs, das am 15. und 16. Juli in Indonesien stattgefunden hatte. Nach Angaben des US-Ministeriums hatte sich die Ministerin mit Vertretern aus Saudi-Arabien, Australien, Südafrika, der Türkei und Singapur getroffen.

Nach Angaben eines Gesprächspartners von Reuters hatte Yellen vor der Reise nach Indonesien Gespräche mit ihrer indischen Amtskollegin Nirmala Sitharaman geführt, diese aber nicht am Rande des Gipfels getroffen. Gespräche zwischen den Finanzministerien der beiden Länder finden auch auf niedrigerer Ebene statt.

Die Idee einer Preisobergrenze für russisches Öl war erstmals auf dem G7-Gipfel Ende Juni diskutiert worden. So wollen die G7-Länder die Einnahmen Moskaus aus dem Ölverkauf verringern. Der japanische Premierminister Fumio Kishida erklärte, die G7 würden einen Mechanismus schaffen, bei dem die Obergrenze etwa die Hälfte des derzeitigen Preises betrage. Bloomberg schrieb, dass Washington mit seinen Verbündeten über eine Obergrenze von 40 bis 60 US-Dollar diskutiert habe.

Anfang Juli berichtete Bloomberg über die Absicht von US-Energieministerin Jennifer Granholm, Indien und Japan zu drängen, sich der Initiative anzuschließen.

Nachdem die USA die Einfuhr von russischem Öl verboten und die EU sie eingeschränkt hatte, begann Moskau, seine Lieferungen auf die asiatischen Märkte zu verlagern. Nach Angaben von Bloomberg erhöhte Indien in den letzten Monaten seine Treibstoffkäufe aus

Russland deutlich. Zwischen dem 24. Februar und dem 30. Juni importierte das Land russisches Öl und russische Kohle im Wert von 8,8 Milliarden US-Dollar – mehr als im gesamten Jahr 2021. Reuters berichtete, dass Indien im Juni eine Rekordmenge von 950.000 Barrel Öl pro Tag von Russland gekauft hat.

Nach Ansicht der Analysten von JPMorgan Chase könnte Russland auf die Preisobergrenze mit einer Drosselung der Produktion reagieren, sodass der Preis für ein Barrel Öl auf 380 US-Dollar steigen könnte. Der stellvertretende Vorsitzende des russischen Sicherheitsrates und der ehemalige Präsident Russlands Dmitri Medwedew warnte vor einem Ölpreis von 300 bis 400 US-Dollar in einem solchen Szenario.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62d55f2948fbef45a22c0e0b.jpg>

US-Finanzministerin Janet Yellen

19:00 de.rt.com: **Mariupol: Über 3.000 Häuser wieder an Elektrizitätsversorgung angeschlossen**

Das Ministerium für Kohle und Energiewirtschaft der Donezker Volksrepublik hat auf seinem Telegram-Kanal bekannt gegeben, dass die Elektrizitätsversorgung von über 3.000 Wohnhäusern sowie über 100 Objekten der sozialen Infrastruktur der Stadt Mariupol wiederhergestellt wurde. Die Behörde erklärte, dass alle Mariupoler Umspannwerke bei den Kämpfen beschädigt worden seien. Ihr Wiederaufbau begann direkt nach der Befreiung der Stadt, um die Stromversorgung wiederherzustellen. In der Meldung hieß es weiter: "Nach dem Stand vom 17. Juli wurde die Energieversorgung in 3.050 Wohnhäusern, und zwar sowohl in Wohnblöcken als auch in Einfamilienhäusern, wiederhergestellt. Über 100 Objekte der sozialen Infrastruktur wurden an die Stromversorgung angeschlossen."